

Amtlicher Teil

Nr. 375 Stellenausschreibung, Besetzung einer Planstelle als Bezirksförster/Bezirksförsterin bei der Bezirksforstinspektion Imst

Nr. 376 Stellenausschreibung, Besetzung von Stellen für Lehrerinnen und Lehrer an Tiroler Fachberufsschulen

Nr. 377 Stellenausschreibung, Besetzung einer Stelle als Ausbildungsarzt/-ärztin an der Univ.-Klinik Innsbruck

Nr. 378 Verordnung des Amtes der Tiroler Landesregierung über die Jugendzulässigkeit von Filmen

Nr. 379 Kundmachung über die Auflegung der Entwürfe eines Flächwidmungsplanes sowie von Bebauungsplänen der Landeshauptstadt Innsbruck

Nr. 380 Kundmachung über die Auflegung des Entwurfes der ersten Fortschreibung des örtlichen Raumordnungskonzeptes der Marktgemeinde Wattens

Nr. 381 Öffentliche Bekanntmachung einer mündlichen Verhandlung im Zuge des wasser-, forst- und des naturschutzrechtlichen Verfahrens betreffend die Wasserversorgungsanlage der Gemeinde Kolsassberg

Nr. 382 Öffentliche Bekanntmachung einer mündlichen Verhandlung im Zuge der wasserrechtlichen Überprüfung der „Beschneigung Wiesenlift“ der Liftgesellschaft Obergurgl GmbH

Nr. 383 Öffentliche Bekanntmachung einer mündlichen Verhandlung im Zuge des wasserrechtlichen Verfahrens betreffend die Grundwassernutzung zur Papierherstellung durch die Papierfabrik Wattens GmbH & Co KG

Nr. 384 Offenes Verfahren: Lieferung von flüssigen Brennstoffen für Landesobjekte im Bezirk Innsbruck-Stadt

Nr. 385 Offenes Verfahren: Gebäudereinigung von Landesobjekten im Bezirk Innsbruck-Stadt

Nr. 386 Offenes Verfahren: Straßenbauarbeiten (Asphaltierung eines Notweges) im Zuge der L 18 Kaunertalstraße

Nr. 387 Offenes Verfahren: Straßenbauarbeiten für den Ausbau Hintenburg im Zuge der L 325 Tessenbergstraße

Nr. 388 Offenes Verfahren: Tunnelanstricharbeiten an der Unterführung Söll-Ost im Zuge der B 178 Loferer Straße

Nr. 389 Offenes Verfahren: Digitale Subtraktionsangiographie-Anlage für das a. ö. Bezirkskrankenhaus Lienz

Nr. 390 Aufruf zum Wettbewerb: Lieferung von Arbeits- und Wetterschutzbekleidung für die TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG

Nr. 391 Bekanntmachung einer Berichtigung zur Vergabebekanntmachung Dienstleistungsauftrag Übernahme, Transport und Behandlung von Siedlungsabfällen für den Abfallbeseitigungsverband Westtirol

MITTEILUNGEN:

Einladung zur 49. ordentlichen Hauptversammlung der Felbertauernstraße Aktiengesellschaft

Verbraucherpreisindex für den Monat April 2011

Nr. 375 • Amt der Tiroler Landesregierung • OrgP-70-2011-38

STELLENAUSSCHREIBUNG

Besetzung der Planstelle

eines Bezirksförsters/einer Bezirksförsterin bei der Bezirksforstinspektion Imst

Bei der Bezirkshauptmannschaft Imst, Bezirksforstinspektion Imst, ist die Planstelle eines Bezirksförsters/einer Bezirksförsterin der Verwendungs- bzw. Entlohnungsgruppe B/b (Technische/Naturwissenschaftliche Fachbearbeitung/TNFB 2b) mit Juni 2011, befristet bis 30. November 2015, zu besetzen.

Das Beschäftigungsausmaß beträgt 20 Wochenstunden (Dienstverrichtung ist an mindestens vier Tagen pro Woche notwendig).

Von den Bewerbern/Bewerberinnen werden folgende Voraussetzungen erwartet:

- erfolgreicher Abschluss der Höheren Bundeslehranstalt für Forstwirtschaft mit abgelegter Staatsprüfung für den Förster-/Försterinnendienst,

- Kenntnisse und Erfahrungen im Projektmanagement,
- Eignung zur Führung von Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen sowie Fähigkeit zur Kommunikation, Koordination und Teamarbeit innerhalb und außerhalb des Forstdienstes,
- Initiative und für alle Beteiligten positive und ergebnisorientierte Arbeitsweise,
- vertiefte EDV-Kenntnisse u. a. Word, Excel, Powerpoint, Access,
- Führerschein der Gruppe B.

Kompetenzen in der Beratungsarbeit und Konfliktregelung sowie Kenntnisse in der Anwendung von Datenbanken und GIS und die Ausbildung in Waldpädagogik sind sehr erwünscht.

Bewerbungen sind bis spätestens 30. Mai 2011 an die Abteilung Organisation und Personal zu richten, woraufhin die Einladung zu einem Hearing ergehen wird.

Gemäß § 7 des Landes-Gleichbehandlungsgesetzes 2005 werden insbesondere Frauen eingeladen, sich zu bewerben.

Innsbruck, 18. Mai 2011

Für die Landesregierung: Dr. Pezzei

Nr. 376 • Amt der Tiroler Landesregierung • IVa-4032/76

STELLENAUSSCHREIBUNG
Besetzung von Stellen für Lehrerinnen
und Lehrer an Tiroler Fachberufsschulen

Das Land Tirol schreibt folgende Stellen für Lehrerinnen und Lehrer an Tiroler Fachberufsschulen zur Besetzung aus:

Fachtheoretischer Unterricht:

Tiroler Fachberufsschule für Elektrotechnik, Kommunikation und Elektronik – Innsbruck

- Reife- und Diplomprüfung einer höheren Lehranstalt für Elektrotechnik oder Nachrichtentechnik mit Praxis im Bereich Maschinen- und Gerätekunde, SPS-Steuerungen, Europäischer Installationsbus und Steuer-Regeltechnik,
- dreijährige einschlägige Berufspraxis nach Ablegung der Reife- und Diplomprüfung;

Tiroler Fachberufsschule für Metalltechnik – Innsbruck

- Reife- und Diplomprüfung einer höheren Lehranstalt für Elektrotechnik mit Praxis im Bereich Mechatronik und Automatisierungstechnik,
- dreijährige einschlägige Berufspraxis nach Ablegung der Reife- und Diplomprüfung;

Die Reife- und Diplomprüfung einer einschlägigen höheren Schule wird ersetzt durch die

- Reife- und Diplomprüfung einer höheren Schule und die Lehrabschlussprüfung im entsprechenden Lehrberuf oder die
- Berufsreife- und Diplomprüfung und die Lehrabschlussprüfung im entsprechenden Lehrberuf.

Bewerbungen sind unter Anschluss eines Lebenslaufes mit ausführlicher Darstellung der Berufstätigkeit, der Zeugnisse über die Berufspraxis und eines Lichtbildes bis spätestens 3. Juni 2011 beim Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Bildung, einzubringen (Tel. 0512/508-2562).

Nähere Informationen im Internet unter

<http://www.tirol.gv.at/themen/bildung/bildung/schwarzes-brett>

Innsbruck, 16. Mai 2011

Für die Landesregierung: Dr. Gappmaier

Nr. 377 • TILAK - Landeskrankenhaus-Universitätskliniken-Innsbruck • Personalabteilung I

STELLENAUSSCHREIBUNG
Besetzung einer Stelle
als Ausbildungsarzt/-ärztin

An der Universitätsklinik für Anästhesie und Intensivmedizin gelangt frühestens ab 4. Juli 2011, befristet auf ein Jahr, eine Stelle als Ausbildungsarzt/-ärztin zur Besetzung.

Bewerbungen sind bis spätestens 15. Juni 2011 in der Personalabteilung I, Chirurgie, 1. Stock, neben dem Hörsaal des Landeskrankenhauses Univ.-Kliniken Innsbruck, 6020 Innsbruck, Anichstraße 35, einzubringen.

Der Bewerbung sind der Bewerbungsbogen des Landeskrankenhauses Universitätskliniken Innsbruck, Kopien aller relevanten Zeugnisse sowie Kopien von Bestätigungen früherer Dienstgeber beizulegen. Der Bewerbungsbogen kann über das Internet unter der Adresse <http://www.tilak.at> in der Rubrik „jobs“ heruntergeladen werden.

Gemäß § 7 des Tiroler Landes-Gleichbehandlungsgesetzes 2005 werden qualifizierte Frauen ausdrücklich zur Bewerbung eingeladen.

Auskünfte: Mag. (FH) Christian Lindner, Personalbereichsleiter, Tel. 050504-22031, E-Mail: christian.lindner@tilak.at

Ausschreibungsnummer: 00000748; **Vakanz:** 30016661.
 Innsbruck, 19. Mai 2011

Nr. 378 • Amt der Tiroler Landesregierung • Ib-24562/484-2011

VERORDNUNG
des Amtes der Landesregierung
über die Jugendzulässigkeit von Filmen

Gemäß § 21 des Tiroler Veranstaltungsgesetzes 2003 wird nach Anhörung der Jugendmedienkommission beim Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur die Jugendzulässigkeit von nachstehenden Filmen wie folgt festgesetzt:

frei ab dem vollendeten 6. Lebensjahr:

„Almanya – Willkommen in Deutschland“
 (101 Minuten 26 Sekunden);

frei ab dem vollendeten 10. Lebensjahr:

„Ricky Bobby – König der Rennfahrer“ (93 Minuten).

Innsbruck, 16. Mai 2011

Für das Amt der Landesregierung: Kößler

Nr. 379 • Stadtgemeinde Innsbruck

KUNDMACHUNG
über die Auflegung der Entwürfe
eines Flächenwidmungsplanes
und von ergänzenden Bebauungsplänen

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Innsbruck hat in seiner Sitzung vom 19. Mai 2011 die Auflegung der Entwürfe folgender Flächenwidmungs- und Bebauungspläne beschlossen:

Zahl III-5027/2011: Entwurf des Flächenwidmungsplanes Nr. IG-F12, Igls, Bereich Gpn. 20/3 und Teilfläche 22/2, KG Igls (westlich Lanser Straße HNr. 59);

Zahl III-14881/2009: Entwurf des ergänzenden Bebauungsplanes Nr. MÜ-B9/5, Mühlau, Bereich zwischen Kirchgasse 7 und 13, dritter Entwurf;

Zahl III-5028/2011: Entwurf des ergänzenden Bebauungsplanes Nr. MÜ-B9/6, Mühlau, Straßenkreuzungsbereich zwischen Kirchgasse 2 und 7 sowie Südseite der Kirchgasse zwischen Kirchgasse 11 und 13a;

Zahl III-5029/2011: Entwurf des ergänzenden Bebauungsplanes Nr. 23/u3, Hötting West, Fakultätsgebäude Architektur.

Diese Entwürfe sind während der Amtsstunden im Stadtmagistrat Innsbruck in den Schaukästen der Magistratsabteilung III/Stadtplanung einsehbar. Die Auflegung erfolgt vom 27. Mai 2011 bis einschließlich 24. Juni 2011. Für den Entwurf des Ergänzenden Bebauungsplanes Nr. MÜ-B9/5 wird die Auflegungsfrist gemäß § 65 Abs. 3 des TROG 2006 auf zwei Wochen herabgesetzt, das heißt vom 27. Mai 2011 bis einschließlich 10. Juni 2011.

Informationen zu den aufgelegten Entwürfen können während der Parteienverkehrszeit (von 8 bis 10 Uhr) eingeholt werden.

Personen, die in der Stadtgemeinde Innsbruck einen Wohnsitz haben und Rechtsträger, die in der Gemeinde eine Liegenschaft oder einen Betrieb besitzen, haben das Recht, bis spätestens eine Woche nach dem Ablauf der Auflegungsfrist eine schriftliche Stellungnahme zu den Entwürfen abzugeben.

Innsbruck, 20. Mai 2011

Für den Gemeinderat: Baudirektor Dipl.-Ing. Maizner

Nr. 380 • Marktgemeindeamt Wattens

KUNDMACHUNG

über die Auflegung des Entwurfes der ersten Fortschreibung des örtlichen Raumordnungskonzeptes

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Wattens hat in seiner Sitzung vom 19. Mai 2011 beschlossen, gemäß § 64 Abs. 1 und 3 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2006 – TROG 2006, LGBl. Nr. 27, i. d. g. F, in Verbindung mit § 6 des Tiroler Umweltschutzgesetzes – TUP, LGBl. Nr. 34/2005, den Entwurf der ersten Fortschreibung des örtlichen Raumordnungskonzeptes der Marktgemeinde Wattens während sechs Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme im Marktgemeindeamt Wattens aufzulegen.

Im Rahmen des Auflegungsverfahrens erfolgt die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 6 Abs. 1 des TUP.

Darstellung des wesentlichen Inhalts (§ 6 Abs. 4 lit. a TUP): Gemäß § 31a Abs. 2 des TROG 2006 hat die Gemeinde spätestens bis zum Ablauf des zehnten Jahres nach dem Inkrafttreten des örtlichen Raumordnungskonzeptes dessen Fortschreibung zu beschließen. Die Fortschreibung hat gemäß § 31a Abs. 1 TROG 2006 für das gesamte Gemeindegebiet zu erfolgen und ist auf einen Planungszeitraum von weiteren zehn Jahren auszurichten.

Der vom Raumplaner Dipl.-Ing. Bernd Egg, Innsbruck, ausgearbeitete Entwurf, Zl. Ö/001/02/2011, vom 18. Mai 2011, enthält die gemäß § 31 des TROG 2006 in Verbindung mit den betroffenen Durchführungsverordnungen geforderten Inhalte.

Ort und Zeit der Einsichtnahmemöglichkeit (§ 6 Abs. 4 lit. b TUP): Die sechswöchige Auflegung erfolgt vom 27. Mai 2011 bis einschließlich 8. Juli 2011. Die maßgeblichen Unterlagen – Verordnungstext, Pläne, Erläuterungsbericht, Bestandsaufnahme und Umweltbericht – liegen während der Auflegungsfrist zu den Amtsstunden mit Parteienverkehr im Marktgemeindeamt Wattens (Bauamt) zur Einsichtnahme auf und sind im Internet unter (<http://www.wattens.com>) einzusehen.

Hinweis (§ 6 Abs. 4 lit. c TUP): Jedermann steht das Recht zu, bis spätestens eine Woche nach dem Ablauf der Auflegungsfrist eine schriftliche Stellungnahme zum Entwurf abzugeben.

Wattens, 20. Mai 2011

Der Bürgermeister: KR Franz Troppmair

Nr. 381 • Amt der Tiroler Landesregierung • IIIa1-W-5037/51

ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNG EINER MÜNDLICHEN VERHANDLUNG im Zuge des wasserrechtlichen, forstrechtlichen und naturschutzrechtlichen Verfahrens betreffend die Errichtung des Hochbehälters „Sennhof“ samt Nebenanlagen für die Wasserversorgungsanlage der Gemeinde Kolsassberg

Die Gemeinde Kolsassberg betreibt die unter der Postzahl 2341 des Wasserbuches für den Verwaltungsbezirk Innsbruck-Land eingetragene Wasserversorgungsanlage.

Mit Schriftsatz vom 23. März 2011 hat die Gemeinde Kolsassberg, vertreten durch Bürgermeister Alfred Oberdanner, 6115 Kolsassberg, für das Vorhaben „Gemeinde Kolsassberg, Wasserversorgungsanlage – Hochbehälter Sennhof“ um die Erteilung der wasser-, forst- und naturschutzrechtlichen Bewilligung angesucht.

Ziel des Vorhabens ist die Erneuerung der bestehenden Hochbehälter mit größerem Nutzinhalt und damit eine Anpassung an den Stand der Technik, eine Erhöhung der Versor-

gungssicherheit für alle Versorgungsgebiete und die Bereitstellung eines ausreichenden Löschwasservorrates.

Über dieses Ansuchen findet gemäß den §§ 9, 11, 12, 13, 15, 21, 22, 99 Abs. 1 lit. c und 107 Wasserrechtsgesetz 1959 (WRG 1959), BGBl. Nr. 215, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 14/2011, nach den §§ 17, 18 und 170 Abs. 2 Forstgesetz 1975 (ForstG 1975), BGBl. Nr. 440, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 55/2007, sowie nach den §§ 7 und 42 lit. a Tiroler Naturschutzgesetz 2005 (TNSchG 2005), LGBl. Nr. 26, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 98/2009, in Verbindung mit den §§ 40 bis 44 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 – AVG, BGBl. Nr. 51, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 111/2010, die mündliche Verhandlung am

Mittwoch, den 15. Juni 2011,

mit dem Zusammentritt

**der Verhandlungsteilnehmer um 9 Uhr,
im Gemeindeamt der Gemeinde Kolsass-
berg, 6114 Kolsassberg**

statt.

Beteiligte können persönlich zur mündlichen Verhandlung kommen, an ihrer Stelle einen Bevollmächtigten entsenden oder gemeinsam mit ihrem Bevollmächtigten kommen.

Bevollmächtigter kann eine eigenberechtigte natürliche Person, eine juristische Person, eine Personengesellschaft des Handelsrechts oder eingetragene Erwerbsgesellschaft sein. Personen, die unbefugt die Vertretung anderer zu Erwerbszwecken betreiben, dürfen nicht bevollmächtigt werden.

Der Bevollmächtigte muss mit der Sachlage vertraut sein und sich durch eine schriftliche Vollmacht ausweisen können. Die Vollmacht hat auf Namen oder Firma zu lauten.

Eine schriftliche Vollmacht ist nicht erforderlich,

- wenn die Vertretung durch eine zur berufsmäßigen Parteienvertretung befugte Person – z. B. einen Rechtsanwalt, Notar oder Wirtschaftstreuhänder – erfolgt,
 - wenn die Vertretung durch Familienmitglieder (bzw. Haushaltsangehörige, Angestellte, Funktionäre von Organisationen), die der Behörde bekannt sind, erfolgt und kein Zweifel an deren Vertretungsbefugnis besteht,
 - wenn der Antragsteller oder sonstige Beteiligte gemeinsam mit dem Bevollmächtigten an der Verhandlung teilnehmen.
- Es wird darauf hingewiesen, dass die Verhandlung – abgesehen von dieser Bekanntmachung –
- durch persönliche Verständigung der der Behörde bekannten Beteiligten am Verfahren,
 - durch Veröffentlichung an der elektronischen Amtstafel des Landes Tirol unter (<http://www.tirol.gv.at/kundmachungen>) und
 - durch Anschlag in der Gemeinde Kolsassberg kundgemacht wird/wurde.

Als Beteiligter beachten Sie bitte, dass Sie, wenn Sie Einwendungen gegen den Gegenstand der Verhandlung nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bei der Behörde bekannt geben oder während der Verhandlung vorbringen, insoweit Ihre Parteistellung verlieren.

Wenn Sie jedoch durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert waren, rechtzeitig Einwendungen zu erheben und Sie kein Verschulden oder nur ein milderer Grad des Versehens trifft, können Sie binnen zwei Wochen ab Wegfall des Hindernisses, das Sie an der Erhebung von Einwendungen gehindert hat, jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Entscheidung der Sache, bei uns Einwendungen erheben. Diese Einwendungen gelten dann als rechtzeitig erhoben. Bitte beachten Sie, dass eine längere Ortsabwesenheit kein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis darstellt.

Beschreibung:**1. Allgemeines:**

Die Gemeinde Kolsassberg beabsichtigt die Wasserspeicherung innerhalb der Trinkwasserversorgung an den Stand der Technik anzupassen. Die bestehenden Hochbehälter „Knappenbühel“ und „Burkbichl“ sind zu klein und sollen durch einen neuen Hochbehälter („Sennhof“) ersetzt werden.

Gleichzeitig werden im Zuge der Sanierung der Landesstraße in der Gemeinde Kolsassberg Wasserleitungen neu verlegt.

2. Erneuerung von Quellaufleitungen:

Das Wasser der „Hollausleichenquellen, QU70323005“, der „Schmelzwaldquellen 1+2, QU70323011“, der „Kegelbahnquellen, QU70323020“, der „Winklerquellen, QU70323016“, und der „Sennhofquelle, QU70323012“, wird in zwei parallel geführten, 385 m und 520 m langen drucklosen Leitungen zum neuen Hochbehälter „Sennhof“ geleitet. Im Bereich der Sennhofquelle wird eine Brunnenstube errichtet. Eine weitere 240 m lange drucklose Leitung wird ausgehend vom Trinkwasserkraftwerk „Halm“ Richtung Norden verlegt, wo sie an den Leitungsbestand anschließt. Beim Kraftwerk „Halm“ wird ein Unterbrecherschacht mit Wasserzähler gebaut, von dem 1 l/s aus der Wasserversorgungsanlage Weer in die Wasserversorgungsanlage Kolsassberg (bestehende vertragliche Regelung) eingespeist wird. Das Quellwasser wird in drei drucklosen Leitungen in den Hochbehälter „Sennhof“ geleitet.

3. Hochbehälter „Sennhof“:

Der neue Hochbehälter wird als rechteckiges Stahlbetonbauwerk in Ortbetonbauweise mit zwei Wasserkammern im nördlichen Bereich des Gst. Nr. 518, GB 81011 Kolsassberg, gebaut. Das Speichervolumen der Wasserkammern beträgt zusammen 220 m³. Eine Reserve für Feuerlöschzwecke und eine Reserve für Störfälle ist in diesem Volumen berücksichtigt. Die Schieberkammer zur Aufnahme von Leitungen, Armaturen, Wasserzähler, Schaltschrank und Luftentfeuchter wird nördlich an die Wasserkammern angebaut. Vom Hochbehälter wird eine 80 m lange Überlauf- und Entleerungsleitung zum Sennbach verlegt. Be- und Entlüftung der Wasserkammern erfolgt über zwei Lüftungskamine.

4. Transportleitungen:

Zur Ableitung des Trinkwassers vom Hochbehälter „Sennhof“ zum bestehenden Versorgungsnetz werden zwei 705 m und 120 m lange Druckleitungen, Durchmesser 150 mm und 100 mm, verlegt. Vor Anbindung der 705 m langen Transportleitung an das Versorgungsnetz wird ein Schacht mit Druckreduzierventil in der Wegparzelle 917, GB 81011 Kolsassberg, errichtet.

5. Versorgungsleitungen:

Im Zuge der Sanierung der Landesstraße werden in den Bereichen „Leach – Kirchleiten“ sowie von der Landesstraße Richtung „Merans“ Versorgungsleitungen mit einer Gesamtlänge von 644 m, Durchmesser 100 mm, verlegt.

6. Berührte Grundstücke:

Die geplanten Maßnahmen berühren die Gste. Nr. 260/3, 284, 305/3, 317/2, 319, 322, 333/2, 333/3, 428, 429, 430, 431, 432, 441/1, 475, 509, 513, 514, 515, 518, 519/1, 589, 590, 880, 891/2, 892, 893/1, 916, 917, 919, .54, alle GB 81011 Kolsassberg.

7. Rodungen:

Die geplante Errichtung des Hochbehälters „Sennhof“ samt den weiteren Maßnahmen macht die Durchführung von dauernden Rodungen im Ausmaß von 1.133,10 m² und vorübergehenden Rodungen im Ausmaß von 1.902,30 m² (Gesamtrodungsfläche: 3.035,40 m²) auf den nachfolgenden Grundstücken des GB 81011 Kolsassberg notwendig:

Rodungsfläche				
Grundstück	GB 81011 Kolsassberg	Gesamtfläche	vorübergehende Rodungsfläche	dauernde Rodungsfläche
260/3	Kolsassberg	71,90 m ²	48,40 m ²	23,50 m ²
475	Kolsassberg	130,60 m ²	91,40 m ²	39,20 m ²
518	Kolsassberg	2.436,50 m ²	1.481,30 m ²	955,20 m ²
519/1	Kolsassberg	383,90 m ²	268,70 m ²	115,20 m ²
520/2	Kolsassberg	12,50 m ²	12,50 m ²	-
Gesamtfläche		3.035,40 m ²	1.902,30 m ²	1.133,10 m ²

8. Naturkundliche Belange:

Aus naturkundlicher Sicht ist insbesondere die Einmündung der Überlauf- und Entleerungsleitung des neuen Hochbehälters in den Schloss- bzw. Sennbach relevant.

Eine genaue Beschreibung kann dem Einreichprojekt „Gemeinde Kolsassberg – Wasserversorgungsanlage Hochbehälter Sennhof“ vom März 2011, Projekt Nr. 1594/09, und dem Rodungsansuchen „Gemeinde Kolsassberg – Wasserversorgungsanlage Hochbehälter Sennhof“ vom März 2011, Projekt Nr. 1594, beide verfasst von der Ingenieurbüro Kirchebner Ziviltechniker GmbH, 6020 Innsbruck, entnommen werden.

Dieses Projekt liegt beim Amt der Tiroler Landesregierung in Innsbruck, Landhaus 2, Heiligegeiststraße 7–9, 1. Stock, Zimmer 01 067, und beim Gemeindeamt der Gemeinde Kolsassberg bis zur mündlichen Verhandlung zur allgemeinen Einsicht auf.

Innsbruck, 16. Mai 2011

Für den Landeshauptmann: Dr. Hirn

Für die Landesregierung: Dr. Hirn

Nr. 382 • Amt der Tiroler Landesregierung • IIIa1-W-15.026/187

**ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNG
EINER MÜNDLICHEN VERHANDLUNG
im Zuge der wasserrechtlichen Überprüfung
der „Beschneigung Wiesenlift“ der Liftgesellschaft Obergurgl GmbH, Sölden**

Die Liftgesellschaft Obergurgl GmbH betreibt die unter der Postzahl 1450 des Wasserbuches des Verwaltungsbezirkes Imst eingetragene Beschneigungsanlage Obergurgl.

Mit den Spruchteilen A und B des Bescheides vom 14. September 2009, Zl. IIIa1-W-15.026/141, haben der Landeshauptmann von Tirol und die Tiroler Landesregierung der Liftgesellschaft Obergurgl GmbH die wasserrechtliche und die naturschutzrechtliche Bewilligung für die Erweiterung der Beschneigungsanlage Obergurgl durch das Vorhaben „Beschneigung Wiesenlift“ unter Vorschreibung von Nebenbestimmungen erteilt.

Mit Schriftsatz vom 7. März 2011 hat die Klenkhart & Partner Consulting GmbH im Auftrag der Liftgesellschaft Obergurgl GmbH, diese vertreten durch Geschäftsführer Peter Falkner, 6456 Obergurgl, für das bewilligte Vorhaben „Beschneigung Wiesenlift“ um die wasserrechtliche Überprüfung sowie um die Erteilung der nachträglichen wasserrechtlichen Bewilligung für Abweichungen gegenüber dem Einreichprojekt angesucht.

Im Rahmen der wasserrechtlichen Überprüfung und des Verfahrens über die Erteilung der nachträglichen Bewilligung für Abweichungen gegenüber dem genehmigten Projekt findet gemäß den §§ 9, 11, 12, 13, 15, 21, 22, 27, 29, 99 Abs. 1 lit. c und 121 Wasserrechtsgesetz 1959 (WRG 1959), BGBl.

Nr. 215, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 14/2011, in Verbindung mit den §§ 40 bis 44 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 – AVG, BGBl. Nr. 51, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 111/2010, die mündliche Verhandlung am

Dienstag, den 19. Juli 2011

mit dem Zusammentritt

der Verhandlungsteilnehmer um 9.15 Uhr,

im Hotel Edelweiß, 6456 Obergurgl

(das Hotel befindet sich im Ortszentrum)

statt.

Beteiligte können persönlich zur mündlichen Verhandlung kommen, an ihrer Stelle einen Bevollmächtigten entsenden oder gemeinsam mit ihrem Bevollmächtigten kommen.

Bevollmächtigter kann eine eigenberechtigte natürliche Person, eine juristische Person, eine Personengesellschaft des Handelsrechts oder eingetragene Erwerbsgesellschaft sein. Personen, die unbefugt die Vertretung anderer zu Erwerbszwecken betreiben, dürfen nicht bevollmächtigt werden.

Der Bevollmächtigte muss mit der Sachlage vertraut sein und sich durch eine schriftliche Vollmacht ausweisen können. Die Vollmacht hat auf Namen oder Firma zu lauten.

Eine schriftliche Vollmacht ist nicht erforderlich,

- wenn die Vertretung durch eine zur berufsmäßigen Parteivertretung befugte Person – z. B. einen Rechtsanwalt, Notar oder Wirtschaftstreuhänder – erfolgt,
- wenn die Vertretung durch Familienmitglieder (bzw. Haushaltsangehörige, Angestellte, Funktionäre von Organisationen), die der Behörde bekannt sind, erfolgt und kein Zweifel an deren Vertretungsbefugnis besteht,
- wenn der Antragsteller oder sonstige Beteiligte gemeinsam mit dem Bevollmächtigten an der Verhandlung teilnehmen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verhandlung – abgesehen von dieser Bekanntmachung –

- durch persönliche Verständigung der der Behörde bekannten Beteiligten am Verfahren,
- durch Veröffentlichung an der elektronischen Amtstafel des Landes Tirol unter <http://www.tirol.gv.at/kundmachungen> und
- durch Anschlag in der Gemeinde Sölden

kundgemacht wird/wurde.

Als Beteiligter beachten Sie bitte, dass Sie, wenn Sie Einwendungen gegen den Gegenstand der Verhandlung nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bei der Behörde bekannt geben oder während der Verhandlung vorbringen, insoweit Ihre Parteistellung verlieren.

Wenn Sie jedoch durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert waren, rechtzeitig Einwendungen zu erheben und Sie kein Verschulden oder nur ein milderer Grad des Versehens trifft, können Sie binnen zwei Wochen ab Wegfall des Hindernisses, das Sie an der Erhebung von Einwendungen gehindert hat, jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Entscheidung der Sache, bei uns Einwendungen erheben. Diese Einwendungen gelten dann als rechtzeitig erhoben. Bitte beachten Sie, dass eine längere Ortsabwesenheit kein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis darstellt.

Beschreibung:

Die Klenkhart & Partner Consulting ZT Gesellschaft m.b.H., 6067 Absam, hat im Auftrag der Liftgesellschaft Obergurgl, 6456 Obergurgl, um die wasserrechtliche Überprüfung der mit Bescheid des Landeshauptmannes von Tirol und der Tiroler Landesregierung vom 14. September 2009, Zl. IIIa1-W-15.026/141, bewilligten Erweiterung der Beschneigungsanlage Obergurgl („Beschneigung Wiesenlift“) angesucht.

Die Anlage wurde bis auf die nachfolgend aufgezählten, geringfügigen Änderungen im Wesentlichen projekts- und bescheidgemäß errichtet:

- Die Leitungstrasse (Verlängerung des Stranges A) wurde lagemäßig in Richtung Hang (Osten) abgerückt und um ca. 75 m länger ausgeführt (ausgeführte Gesamtlänge ca. 600 m).
- Anstelle von vier Unterflurschächten wurden fünf Unterflurschächte zum Anschluss von Niederdruck- oder Propellerschneeezeugern versetzt.
- Die Kabeltrasse für die Stromversorgung verläuft in Abänderung gegenüber dem Einreichoperat in Richtung Ortsgebiet (Westen) anstelle zur Talstation Festkogel und es konnte somit die Kabel- und Grabenlänge verkürzt werden.

Von der Anlage berührte Grundstücke im Grundbuch 80110 Sölden: 5187/3, 5193, 5195, 5196, 5199/1, 5199/2, 5202, 5204/1, 5208/1 und 5220/1.

Von der Anlage zusätzlich berührtes Grundstück im Grundbuch 80110 Sölden: 5196.

Von der Anlage nicht mehr berührte Grundstücke im Grundbuch 80110 Sölden: 1577, 5206, 5208/3, 5213, 5214, 5216/1, 5220/2, 5220/32 und 5325/1.

Eine genaue Beschreibung kann dem Ausführungsprojekt „Beschneigung Wiesenlift – wasserrechtliche Überprüfung“ vom 23. Februar 2011, verfasst von der Klenkhart & Partner Consulting ZT Gesellschaft m.b.H., 6067 Absam, entnommen werden.

Dieses Projekt liegt beim Amt der Tiroler Landesregierung in Innsbruck, Landhaus 2, Heiliggeiststraße 7–9, 1. Stock, Zimmer 01 067, und beim Gemeindeamt der Gemeinde Sölden bis zur mündlichen Verhandlung zur allgemeinen Einsicht auf.

Innsbruck, 16. Mai 2011

Für den Landeshauptmann: Dr. Hirn

Nr. 383 • Amt der Tiroler Landesregierung • IIIa1-W-20.053/5

ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNG EINER MÜNDLICHEN VERHANDLUNG im Zuge des wasserrechtlichen Verfahrens betreffend Grundwasserentnahme – Grundwassernutzung zwecks Papierherstellung – durch die Papierfabrik Wattens GmbH & Co KG, Wattens

Die Papierfabrik Wattens GmbH & Co KG verfügt (als Rechtsnachfolgerin) über eine wasserrechtlich bewilligte und im Wasserbuch für den Verwaltungsbezirk Innsbruck-Land unter der Postzahl 1874 eingetragene Grund- und Notwasserversorgungsanlage für die Papierfabrik Wattens. Die wasserrechtliche Bewilligung zur Grundwasserentnahme aus den drei Brunnenanlagen hat der Landeshauptmann von Tirol mit Bescheid vom 15. Februar 1957, Zahl IIIa1-524/4-573/1874, erteilt. Die bestehenden Brunnen I bis III sind nicht mehr in der Lage, die für die Papierproduktion erforderliche Grundwassermenge dauerhaft zu sichern.

Mit Schriftsatz vom 22. März 2011 hat die Papierfabrik Wattens GmbH & Co KG, vertreten durch Dr. Martin Wöll, Rechtsanwalt in 6020 Innsbruck, um die Erteilung der wasserrechtlichen Bewilligung für die drei neu errichteten Grundwasserentnahmen EB 1 bis EB 3 als Ersatz für die früheren Brunnen einschließlich der erforderlichen Transportwasserleitungen sowie für die Anpassung der Konsenswassermengen angesucht.

Gleichzeitig hat die Papierfabrik Wattens GmbH & Co KG, vertreten durch Dr. Martin Wöll, Rechtsanwalt in 6020 Innsbruck, die wasserrechtliche Überprüfung für die neu errichteten Grundwasserentnahmefrühen beantragt.

Über dieses Ansuchen im Zusammenhang mit der Löschung der bestehenden Wasserbenutzungsrechte zur Entnahme von Grundwasser findet gemäß den §§ 10, 11, 12, 13, 15, 21, 22, 27, 29, 99 Abs. 1 lit. c und 107 Wasserrechtsgesetz 1959 (WRG 1959), BGBl. Nr. 215, in Verbindung mit den §§ 40 bis 44 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 – AVG, BGBl. Nr. 51, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 111/2010, die mündliche Verhandlung am

Mittwoch, den 27. Juli 2011,

mit dem Zusammentritt

**der Verhandlungsteilnehmer um 8.30 Uhr,
in der Papierfabrik Wattens GmbH & Co KG,
Ludwig-Lassl-Straße 15, 6112 Wattens**

statt.

Beteiligte können persönlich zur mündlichen Verhandlung kommen, an ihrer Stelle einen Bevollmächtigten entsenden oder gemeinsam mit ihrem Bevollmächtigten kommen.

Bevollmächtigter kann eine eigenberechtigte natürliche Person, eine juristische Person, eine Personengesellschaft des Handelsrechts oder eingetragene Erwerbsgesellschaft sein. Personen, die unbefugt die Vertretung anderer zu Erwerbszwecken betreiben, dürfen nicht bevollmächtigt werden.

Der Bevollmächtigte muss mit der Sachlage vertraut sein und sich durch eine schriftliche Vollmacht ausweisen können. Die Vollmacht hat auf Namen oder Firma zu lauten.

Eine schriftliche Vollmacht ist nicht erforderlich,

- wenn die Vertretung durch eine zur berufsmäßigen Parteienvertretung befugte Person – z. B. einen Rechtsanwalt, Notar oder Wirtschaftstreuhänder – erfolgt,
- wenn die Vertretung durch Familienmitglieder (bzw. Haushaltsangehörige, Angestellte, Funktionäre von Organisationen), die der Behörde bekannt sind, erfolgt und kein Zweifel an deren Vertretungsbefugnis besteht,
- wenn der Antragsteller oder sonstige Beteiligte gemeinsam mit dem Bevollmächtigten an der Verhandlung teilnehmen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verhandlung – abgesehen von dieser Bekanntmachung –

- durch persönliche Verständigung der der Behörde bekannten Beteiligten am Verfahren,
- durch Veröffentlichung an der elektronischen Amtstafel des Landes Tirol unter (<http://www.tirol.gv.at/kundmachungen>) und
- durch Anschlag in der Marktgemeinde Wattens kundgemacht wird/wurde.

Als Beteiligter beachten Sie bitte, dass Sie, wenn Sie Einwendungen gegen den Gegenstand der Verhandlung nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bei der Behörde bekannt geben oder während der Verhandlung vorbringen, insoweit Ihre Parteistellung verlieren.

Wenn Sie jedoch durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert waren, rechtzeitig Einwendungen zu erheben und Sie kein Verschulden oder nur ein milderer Grad des Versehens trifft, können Sie binnen zwei Wochen ab Wegfall des Hindernisses, das Sie an der Erhebung von Einwendungen gehindert hat, jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Entscheidung der Sache, bei uns Einwendungen erheben. Diese Einwendungen gelten dann als rechtzeitig erhoben. Bitte beachten Sie, dass eine längere Ortsabwesenheit kein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis darstellt.

Beschreibung:

Die Papierfabrik Wattens GmbH & Co KG errichtete drei neue Grundwasserentnahmefrühen als Ersatz für die veraltete Brunnenanlage. Das Grundwasser wird für die Papiererzeugung herangezogen und nach Passieren der betrieblichen Abwasserreinigungsanlage in den Wattenbach eingeleitet.

Grundwasserentnahme:

Grundwasserbrunnen EB 1 (GW70367072):

Das erforderliche Grundwasser wird im Regelbetrieb in einer Menge von max. 60 l/s (216 m³/h) bei einer kurzfristigen Spitzenentnahme (max. 1h/d) von max. 75 l/s (270 m³/h) einem Bohrbrunnen entnommen.

Bei Regeneration der Brunnen EB 2 (GW70367073) bzw. EB 3 (GW70367074) wird Grundwasser im Ausmaß von max. 80 l/s (288 m³/h), bei einer kurzfristigen Spitzenentnahme (max. 1h/d) von 90 l/s (324 m³/h), für max. 60 Tage entnommen.

Der Brunnen aus Stahl mit Hagulitbeschichtung DN 600, erreicht eine Tiefe von 33 m unter Geländeoberkante. Sein Bohrdurchmesser beträgt 1.200 mm. Um die Filterrohre wurde ein Kiesfilter eingebracht in dem zwei Pegelrohre DN 50 eingebaut wurden.

Zur Förderung des Grundwassers wurden zwei Pumpen, Fabrikate Grundfos, Typen SP 160-2-A MS6, im Brunnen-schacht installiert. Die Pumpen werden drehzahlgesteuert betrieben.

Vom Brunnenvorschacht führt eine Entnahmeleitung aus PE DN 200 bis zu den Frischwasserbehältern für die Papiererzeugung. Der Entnahmefrühen wurde an der Nordwestseite des Gst. Nr. 1, GB 81020 Wattens, abgeteuft.

Grundwasserbrunnen EB 2 (GW70367073):

Das erforderliche Grundwasser wird im Regelbetrieb in einer Menge von max. 45 l/s (162 m³/h) bei einer kurzfristigen Spitzenentnahme (max. 1h/d) von max. 60 l/s (216 m³/h) einem Bohrbrunnen entnommen.

Bei Regeneration des Brunnen EB 1 (GW70367072) wird Grundwasser im Ausmaß von max. 70 l/s (252 m³/h) bzw. bei Regeneration des Brunnen EB 3 (GW70367074) wird Grundwasser im Ausmaß von max. 60 l/s (216 m³/h) gefördert, bei einer kurzfristigen Spitzenentnahme für max. 30 Tage (max. 1h/d) von max. 90 l/s (324 m³/h).

Der Brunnen aus Stahl mit Hagulitbeschichtung DN 600, erreicht eine Tiefe von 31,5 m unter Geländeoberkante. Sein Bohrdurchmesser beträgt 1.200 mm. Um die Filterrohre wurde ein Kiesfilter eingebracht in dem zwei Pegelrohre DN 50 eingebaut wurden.

Zur Förderung des Grundwassers wurden zwei Pumpen, Fabrikate Grundfos, Typen SP 160-2-A MS6, im Brunnen-schacht installiert. Die Pumpen werden drehzahlgesteuert betrieben.

Vom Brunnenvorschacht führt eine Entnahmeleitung aus PE DN 200 bis zu den Frischwasserbehältern für die Papiererzeugung. Der Entnahmefrühen wurde an der Westseite des Gst. Nr. 1, GB 81020 Wattens, abgeteuft.

Grundwasserbrunnen EB 3 (GW70367074):

Das erforderliche Grundwasser wird im Regelbetrieb in einer Menge von max. 35 l/s (126 m³/h) bei einer kurzfristigen Spitzenentnahme (max. 1h/d) von max. 45 l/s (162 m³/h) einem Bohrbrunnen entnommen.

Bei Regeneration des Brunnen EB 1 (GW70367072) wird Grundwasser im Ausmaß von max. 70 l/s (252 m³/h), bei Regeneration des Brunnen EB 2 (GW70367073) wird Grundwasser im Ausmaß von max. 60 l/s (216 m³/h) gefördert, bei einer kurzfristigen Spitzenentnahme für max. 30 Tage (max. 1h/d) von max. 90 l/s (324 m³/h).

Der Brunnen aus Stahl mit Hagulitbeschichtung DN 600, erreicht eine Tiefe von 35,5 m unter Geländeoberkante. Sein Bohrdurchmesser beträgt 1.200 mm. Um die Filterrohre wurde ein Kiesfilter eingebracht in dem zwei Pegelrohre DN 50 eingebaut wurden.

Zur Förderung des Grundwassers wurde eine Pumpe, Fabrik KSB, Type UMA 200 D 45/21, im Brunnenschacht installiert. Die Pumpe wird drehzahlgesteuert betrieben.

Vom Brunnenvorschacht führt eine Entnahmeleitung aus Edelstahl bis zu den Frischwasserbehältern für die Papiererzeugung. Der Entnahmekosten wurde an der Westseite des Gst. Nr. 24/1, GB 81020 Wattens, abgeteuft.

Die Grundwasserentnahmemenge aus allen drei Entnahmekosten beträgt zusammen im Regelbetrieb max. 140 l/s (504 m³/h), 12.096 m³/d und 4.415.040 m³/a.

Zusätzlich ist eine kurzfristige Spitzenentnahme (max. 1h/d) von max. 180 l/s (648 m³/h) aus allen drei Entnahmekosten zusammen zulässig.

Zusätzliche Spitzenabdeckung und Notversorgung:

Um eine Wasserversorgung für die Papierproduktion immer sicher stellen zu können, bleibt die Möglichkeit einer Nutzwasserentnahme aus dem Wattenbach, bewilligt mit dem Bescheid des Landeshauptmannes vom 5. Februar 1968, Zl. IIIa1-43/3, Wasserbuchpostzahl 500, im Ausmaß von max. 600 l/s, weiterhin aufrecht.

Zusätzlich erfolgt die gesamte Löschwasserversorgung ausschließlich durch die Entnahme aus dem Wattenbach.

Grundwasserbedarf für die Papiererzeugung:

Der Wasserbedarf für die Papierproduktion ist im Regelbetrieb mit max. 140 l/s (504 m³/h), 12.096 m³/d und 4.415.040 m³/a gegeben und die Wasserversorgung erfolgt im Normalbetrieb aus dem Grundwasser, wobei zwei Frischwasserbecken aus den drei Grundwasserbrunnen direkt angespeist werden.

Von diesen Becken werden die Maschinen für die Papiererzeugung versorgt.

Grundwasserrückgabe:

Nach der Papierproduktion wird das belastete Wasser im Regelbetrieb im Ausmaß von max. 12.000 m³/d der betriebs-eigenen Abwasserbeseitigungsanlage zugeleitet und danach in den Wattenbach, Gst. Nr. 1174/1, GB 81020 Wattens, eingeleitet.

Da der Wassergehalt des Produkts ca. 55–60% beträgt (= ca. 130 m³/d) vermindert sich der Abwasseranfall bei der Einleitung in die betriebseigene Abwasserbeseitigungsanlage gegenüber der Grundwasserentnahmemenge von 12.096 m³/d auf 12.000 m³/d.

Die Abwasserbeseitigungsanlage für die Betriebsanlage „Papierfabrik Wattens“ wurde mit Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Innsbruck vom 3. Juni 2002, Zl. 3.1-289/00-C-11, befristet bis 31. Dezember 2018, Wasserbuchpostzahl 2733, wasserrechtlich bewilligt.

Von der gegenständlichen Anlage werden die Gste. Nr. 1, und 24/1 (PFW-Liegenschaftsverwaltungs GmbH), beide GB 81020 Wattens, berührt.

Eine genaue Beschreibung kann dem Einreichprojekt „Wasserrechtliche Einreichung – Änderung zu PZ 1874 Grund- und Notwasserversorgung Papierfabrik Wattens GmbH & Co KG – EB1 (GEW70367072), EB2 (GW70367073), EB3 (GW70367074)“ vom 8. März 2011, Projekt Nr. 209018, verfasst von der Kost-rouch & Unterreiner Umwelttechnik und Hydrologie GmbH, 6020 Innsbruck, entnommen werden.

Dieses Projekt liegt beim Amt der Tiroler Landesregierung in Innsbruck, Landhaus 2, Heiligegeiststraße 7–9, 1. Stock, Zimmer 01 067, und beim Gemeindeamt der Marktgemeinde Wattens bis zur mündlichen Verhandlung zur allgemeinen Einsicht auf.

Innsbruck, 16. Mai 2011

Für den Landeshauptmann: Dr. Hirn

Nr. 384 • Amt der Tiroler Landesregierung •
Sachgebiet Liegenschaftsverwaltung • LV-A-19/5384

OFFENES VERFAHREN im Unterschwellenbereich

Lieferung von flüssigen Brennstoffen für Landesobjekte im Gebietslos 1 – Bezirk Innsbruck-Stadt

Auftraggeber: Land Tirol.

Ausschreibende Stelle: Amt der Tiroler Landesregierung, Sachgebiet Liegenschaftsverwaltung, 6020 Innsbruck, Eduard-Wallnöfer-Platz 3.

Nähere Auskünfte: Amt der Tiroler Landesregierung, Sachgebiet Liegenschaftsverwaltung, Frau Anja Gstreithaler, Tel. 0043/(0)512/508-2303, Fax 0043/(0)512/508-2305,

E-Mail: anja.gstreithaler@tirol.gv.at

Auftragstyp: Lieferaufträge.

CPV-Code: 0913 5100-5.

Beschreibung des Auftrages: Lieferung von Heizöl extra leicht und Heizöl leicht für Landesobjekte im Bezirk Innsbruck-Stadt.

Ort der Leistungserbringung: Bezirk Innsbruck-Stadt.

Leistungszeitraum: 1. August 2011 bis 30. Juni 2012.

Ergänzende Angaben: Es müssen alle angeführten Objekte angeboten werden.

Ende der Zuschlagsfrist: 4. Oktober 2011, 24 Uhr.

Ausschreibungsunterlagen: Die Ausschreibungsunterlagen sind ab sofort auf der Homepage des Landes unter <http://www.tirol.gv.at/ausschreibungen> verfügbar.

Angebotsabgabe: Die Angebote müssen bis spätestens Dienstag, den 5. Juli 2011, 11.30 Uhr, in einem verschlossenen Kuvert, versehen mit dem Kennwort des Vergabeverfahrens, beim Amt der Tiroler Landesregierung, Sachgebiet Liegenschaftsverwaltung (Zi.-Nr. A006), Eduard-Wallnöfer-Platz 3, 6020 Innsbruck, vorliegen. Später einlangende Angebote werden nicht berücksichtigt. Die Angebotsöffnung findet im Anschluss im Landhaus 1, Erdgeschoß, Zi.-Nr. A006, statt.

Die Abgabe von Angeboten auf elektronischem Weg ist nicht zugelassen.

Die Angebote sind in deutscher Sprache zu verfassen.

Zuständige Vergabekontrollbehörde: Unabhängiger Verwaltungssenat in Tirol, Michael-Gaismair-Straße 1, 6020 Innsbruck.

Die Absendung der Bekanntmachung an das Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften erfolgte am 24. Mai 2011.

Innsbruck, 19. Mai 2011

Für die Landesregierung: Ing. Kraiser

Nr. 385 • Amt der Tiroler Landesregierung •
Sachgebiet Liegenschaftsverwaltung • LV-A-8/6227

OFFENES VERFAHREN im Oberschwellenbereich

Gebäudereinigung von Landesobjekten

Auftraggeber: Land Tirol.

Ausschreibende Stelle: Amt der Tiroler Landesregierung, Sachgebiet Liegenschaftsverwaltung, 6020 Innsbruck, Eduard-Wallnöfer-Platz 3.

Nähere Auskünfte: Amt der Tiroler Landesregierung, Sachgebiet Liegenschaftsverwaltung, Frau Birgit Ambrosi, Tel. 0043/(0)512/508-2317, Fax 0043/(0)512/508-2305,

E-Mail: birgit.ambrosi@tirol.gv.at

Auftragstyp: Dienstleistungsauftrag.

CPV-Code: 90.91.12-00.

Beschreibung des Auftrages: Gebäudereinigung von Landesobjekten in Innsbruck-Stadt.

Ort der Leistungserbringung: Bundesland Tirol.

Leistungszeitraum: Beginn 1. August 2011, Ende siehe Ausschreibungsunterlagen.

Ergänzende Angaben: Teilangebote sind zulässig, Alternativ- oder Abänderungsangebote sind nicht zulässig.

Ende der Zuschlagsfrist: 31. Oktober 2011.

Ausschreibungsunterlagen: Die Ausschreibungsunterlagen sind ab sofort auf der Homepage des Landes unter <http://www.tirol.gv.at/ausschreibungen> verfügbar.

Angebotsabgabe: Die Angebote müssen bis spätestens 4. Juli 2011, 10 Uhr, in einem verschlossenen Kuvert, versehen mit dem Kennwort des Vergabeverfahrens, beim Amt der Tiroler Landesregierung, Sachgebiet Liegenschaftsverwaltung, Eduard-Wallnöfer-Platz 3, 6020 Innsbruck, vorliegen. Später einlangende Angebote werden nicht berücksichtigt. Die Angebotsöffnung findet im Anschluss im Landhaus, 1. Stock, Saal A104, statt.

Die Abgabe von Angeboten auf elektronischem Weg ist nicht zugelassen.

Die Angebote sind in deutscher Sprache zu verfassen.

Zuständige Vergabekontrollbehörde: Unabhängiger Verwaltungssenat in Tirol, Michael-Gaismair-Straße 1, 6020 Innsbruck.

Die Absendung der Bekanntmachung an das Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften erfolgte am 24. Mai 2011.

Innsbruck, 20. Mai 2011

Für die Landesregierung: Ing. Kraiser

Nr. 386 • Amt der Tiroler Landesregierung • Vlb1-L 18.0/41-2011

OFFENES VERFAHREN

Straßenbauarbeiten

für die Asphaltierung des Notweges Kaunertal im Zuge der L 18 Kaunertalstraße (km 8,00)

Baumumfang: Der im Jahr 2008/2009 fertiggestellte Notweg zur Lawinenumfahrung der L 18 Kaunertalstraße wird nun abschließend asphaltiert.

Unterlagen: Die Anbotsunterlagen können ab sofort im Internet unter <http://www.tirol.gv.at/ausschreibungen> heruntergeladen werden.

Weitere Informationen sind unter der Tel.-Nr. 0512/508-4041 erhältlich.

Abgabetermin: Die Angebote müssen bis spätestens Freitag, den 17. Juni 2011, um 11 Uhr, in einem verschlossenen Umschlag, mit der amtlichen Adressetikette versehen, im Amtsgebäude Innsbruck, Herrengasse 1–3, 3. Stock, Zi. 316, eingelangt sein, wo anschließend auch die Anbotseröffnung stattfindet.

Später einlangende Angebote werden nicht berücksichtigt.

Innsbruck, 19. Mai 2011

Für die Landesregierung: Dipl.-Ing. Dr. Molzer

Nr. 387 • Amt der Tiroler Landesregierung • Vlb1-L 325.0/42-2011

OFFENES VERFAHREN

Straßenbauarbeiten

für den Ausbau Hintenburg im Zuge der L 325 Tessenbergstraße (km 4,304 bis km 4,700)

Baumumfang: Das gegenständliche Bauvorhaben sieht den Ausbau der L 325 Tessenbergstraße zwischen km 4,304 und

km 4,700 auf eine Fahrbahnbreite von 4,50 m mit Entwässerungsmulde und Schotterbankett vor. Bergseitig sind in Abschnitten Steinschichtungen herzustellen.

Unterlagen: Die Anbotsunterlagen können ab sofort im Internet unter <http://www.tirol.gv.at/ausschreibungen> heruntergeladen werden.

Weitere Informationen sind unter der Tel.-Nr. 0512/508-4041 erhältlich.

Abgabetermin: Die Angebote müssen bis spätestens Freitag, den 17. Juni 2011, um 11 Uhr, in einem verschlossenen Umschlag, mit der amtlichen Adressetikette versehen, im Amtsgebäude Innsbruck, Herrengasse 1–3, 3. Stock, Zi. 317, eingelangt sein, wo anschließend auch die Anbotseröffnung stattfindet.

Später einlangende Angebote werden nicht berücksichtigt.

Innsbruck, 20. Mai 2011

Für die Landesregierung: Dipl.-Ing. Dr. Molzer

Nr. 388 • Amt der Tiroler Landesregierung • Vlb1-B 178.53/160-2011

OFFENES VERFAHREN

Tunnelanstricharbeiten

für die umweltgerechte Umgestaltung der S3 Unterführung Söll-Ost im Zuge der B 178 Loferer Straße (km 9,14 bis km 11,80)

Baumumfang: Anstricharbeiten (ca. 1.000 m²) einschließlich Untergrundvorbehandlung und Spachtelung am Objekt S3 Unterführung Söll-Ost im Bauvorhaben umweltgerechte Umgestaltung Söll.

Unterlagen: Die Anbotsunterlagen können ab sofort im Internet unter <http://www.tirol.gv.at/ausschreibungen> heruntergeladen werden.

Weitere Informationen sind unter der Tel.-Nr. 0512/508-4061 erhältlich.

Abgabetermin: Die Angebote müssen bis spätestens Freitag, den 17. Juni 2011, um 11.30 Uhr, in einem verschlossenen Umschlag, mit der amtlichen Adressetikette versehen, im Amtsgebäude Innsbruck, Herrengasse 1–3, 3. Stock, Zi. 320, eingelangt sein, wo anschließend auch die Anbotseröffnung stattfindet.

Später einlangende Angebote werden nicht berücksichtigt.

Innsbruck, 20. Mai 2011

Für die Landesregierung: Dipl.-Ing. Illmer

Nr. 389 • Gemeindeverband a. ö. Bezirkskrankenhaus Lienz

OFFENES VERFAHREN

Digitale Subtraktionsangiographie-Anlage

Unterlagen: Tel. 04852/606-422, Fax 04852/606-423.

Kosten: € 10,-.

Einreichtermin: 5. Juli 2011, 14 Uhr, VL, Emanuel-von-Hibler-Straße 5, 9900 Lienz.

Zuschlagsfrist: fünf Monate, Teilangebot.

Lienz, 16. Mai 2011

Nr. 390 • TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG

AUFRUF ZUM WETTBEWERB

Lieferung von Arbeits- und Wetterschutzbekleidung

Auftraggeber: TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG, Eduard-Wallnöfer-Platz 2, 6020 Innsbruck.

Ausschreibende Stelle: TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG, Zentraler Einkauf, Eduard-Wallnöfer-Platz 2, 6020 Innsbruck.

Ausschreibungsgegenstand: Lieferauftrag für nachfolgende Lose an diverse TIWAG-Standorte im Raum Nord- und Osttirol (Dreijahresbedarf):

1. Arbeitsbekleidung aus 100% Baumwolle, ca. 5.600 Teile;
2. Arbeitsbekleidung gemäß EN 61482-1-2:2007, ca. 1.250 Teile;
3. Wetterschutzbekleidung gemäß EN 343:2003+A1, EN 471:2003+A1, ca. 700 Teile;
4. Wetterschutzbekleidung gemäß EN 61482-1-2:2007, EN 343:2003+A1, EN 471:2003+A1, EN 531 A, B1, C1, EN 1149-5:2008, ca. 300 Teile;
5. T-Shirts aus 100% Baumwolle, ca. 4.500 Teile.

Die Auftragsabwicklung hat über ein beim Auftraggeber realisiertes E-Procurement-System zu erfolgen.

Verfahren: Verhandlungsverfahren nach vorherigem Aufruf zum Wettbewerb.

Ausführungszeitraum: drei Jahre ab Zuschlagserteilung.

Abgabe der Bewerbungen: bis spätestens 6. Juni 2011.

Bewerbungsunterlagen/Nachweise: Bewerber müssen

- den Nachweis der Befugnis (Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister),
- eine eidesstattliche Erklärung, dass keiner der Ausschlussgründe nach § 229 Abs.1 des BVergG 2006 vorliegt,
- mindestens zwei Referenzen je Los über vergleichbare Aufträge die in den letzten drei Jahren zur Zufriedenheit der jeweiligen Auftraggeber bereits erbracht wurden

zwingend bis zum Abgabetermin der Bewerbung einreichen.

Sonstige Nachweise gemäß BVergG 2006 § 231 sind auf Verlangen innerhalb von drei Tagen zu erbringen.

Versendung/Ausgabe der Ausschreibungsunterlagen: an alle geeigneten Bewerber ab Dienstag, den 7. Juni 2011.

Angebotsabgabe: bis spätestens Mittwoch, den 29. Juni 2011, 12 Uhr, bei o. a. Adresse.

Informationen/Anforderung: TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG, Zentraler Einkauf, Maria Riedl, Tel. +43/(0)50607-21400, Fax +43/(0)50607-21677, E-Mail: ausschreibung@tiwag.at
Innsbruck, 20. Mai 2011

fordert haben. Die nachfolgende Klarstellung/Berichtigung ist von den Bietern bzw. Bietergemeinschaften bei der Verfassung und Abgabe ihrer Angebote zwingend zu berücksichtigen. **Überdies wird die Angebotsfrist bis 1. Juni 2011, 14 Uhr, erstreckt.**

Klarstellung/Berichtigung: Nunmehr muss der Antrag auf Notifizierung erforderlichenfalls lediglich vom ermittelten Zuschlagsempfänger unmittelbar im Anschluss an die Bekanntgabe der Zuschlagsentscheidung beantragt werden. Abweichend von der Antwort 1 des Fragenkatalogs 3 muss jedoch der Notifizierungsbescheid binnen drei Monaten nach Antragstellung vorliegen, wobei der Abfallbeseitigungsverband (ABV) Westtirol als AG dem AN zusichert, ihn bei der Erlangung des Notifizierungsbescheids vollumfänglich zu unterstützen.

Die betreffende Passage des Punktes I.3.d) (Seite 9f) der Ausschreibungsunterlagen lautet berichtigt nunmehr wie folgt:

Vorzulegende zusätzliche Nachweise im Fall der beabsichtigten Verbringung ins Ausland: Im Fall einer durch den Bieter beabsichtigten Verbringung von Abfällen ins Ausland hat der Bieter grundsätzlich aufrechte Notifizierungsbescheide (gegebenenfalls inklusive der Notifizierung für die Durchführung der Abfälle) mit dem Angebot vorzulegen. Sollten die Notifizierungsbescheide zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebotes noch nicht vorgelegt werden können, so sind im Laufe des Vergabeverfahrens jedenfalls folgende Unterlagen vorzulegen:

- **Bereits mit dem Angebot vorzulegen:** Zustimmungserklärung der Anlage für die Übernahme der Abfälle, falls erforderlich in beglaubigter deutschsprachiger Übersetzung.
- **Unmittelbar nach Bekanntgabe der Zuschlagsentscheidung vom ermittelten Zuschlagsempfänger vorzulegen:** Vollständiger Antrag auf Notifizierung aller für die Verbringung der vorgesehenen Abfälle ins Ausland inkl. Empfangsbestätigung der Notifizierungsbehörde.
- **Unmittelbar nach Bekanntgabe der Zuschlagsentscheidung vom ermittelten Zuschlagsempfänger vorzulegen:** Nachweis der Sicherstellung für das BMLFUW im Zuge des Notifizierungsverfahrens.

Längstens binnen drei Monaten nach Antragstellung ist jedoch der Notifizierungsbescheid vorzulegen. Für die Antragstellung wird dem Bieter über Anfrage vom AG eine Erklärung ausgestellt, dass dem Bieter im Auftragsfall der Abfall übergeben und darüber ein Vertrag abgeschlossen wird. Zudem sichert der AG eine umfassende Unterstützung bei der Erwirkung des Notifizierungsbescheids zu.

Erstreckung der Angebotsfrist:

Folgende Verfahrensdaten sind nunmehr zwingend zu berücksichtigen:

Ablauf der Angebotsfrist: Mittwoch, 1. Juni 2011, 14 Uhr.

Ort der Angebotsabgabe: Geschäftsstelle ABV Westtirol, Bezirkshauptmannschaft Imst, Zimmer Nr. 200/201, 6460 Imst, Stadtplatz 1.

Ort und Zeit der Angebotseröffnung: Geschäftsstelle ABV Westtirol, Bezirkshauptmannschaft Imst, 6460 Imst, Stadtplatz 1, Zi.-Nr. 200/201, Mittwoch, 1. Juni 2011, 14.05 Uhr.

Ablauf der Zuschlagsfrist: Freitag, 31. Oktober 2011, 24 Uhr.

Imst, 22. Mai 2011

Nr. 391 • Abfallbeseitigungsverband (ABV) Westtirol

BEKANNTMACHUNG EINER BERICHTIGUNG Vergabebekanntmachung Dienstleistungsauftrag: Übernahme, Transport und Behandlung von Siedlungsabfällen

Eine zusätzlich eingelangte Frage veranlasst den AG eine Klarstellung/Berichtigung zu den vorzulegenden zusätzlichen Nachweisen im Fall der beabsichtigten Verbringung von Abfällen ins Ausland (Seite 9f der Ausschreibungsunterlagen) vorzunehmen. Diese Klarstellung/Berichtigung wird allen Unternehmern übermittelt, die die Ausschreibungsunterlagen ange-

Mitteilungen

Felbertauernstraße Aktiengesellschaft

EINLADUNG

zur 49. ordentlichen Hauptversammlung

Die 49. ordentliche Hauptversammlung findet am Donnerstag, den 30. Juni 2011, um 15 Uhr, in Lienz, Albin-Egger-Straße 17, Verwaltungsgebäude der Felbertauernstraße AG, 1. Stock, Sitzungssaal, statt.

Tagesordnung:

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses 2010 mit dem Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates und Beschlussfassung über das Jahresergebnis 2010;

2. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2010;

3. Bestellung des Abschlussprüfers für das Jahr 2011;

4. Festsetzung der Jahresvergütung für die Aufsichtsratsmitglieder;

5. Beschlussfassung über die Änderung der Satzung im Punkt V (Klarstellung der Vertretungsbefugnis des Vorstandes) sowie Anpassung der Satzung an die neue Rechtschreibung.

Stimmberechtigt in dieser Hauptversammlung sind jene Aktionäre, die ihre Teilnahme bis spätestens 24. Juni 2011 beim Vorstand der Gesellschaft, p. a. Mag. Karl Poppeller, 9900 Lienz, Albin-Egger-Straße 17, anmelden und deren Organe bzw. Vertreter ihre Teilnahmeberechtigung an der Hauptversammlung durch Vorlage einer Vollmacht ihrer Körperschaft nachweisen.

Gemäß § 108 AktG liegen der Geschäftsbericht 2010 mit Jahresabschluss, Lagebericht und Bericht des Aufsichtsrates sowie die Beschlussvorschläge des Vorstandes und des Aufsichtsrates zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung in den Geschäftsräumen der Gesellschaft zur Einichtnahme der Aktionäre auf und werden jedem Aktionär über Verlangen zugesandt.

Lienz, 20. Mai 2011

Der Vorstand der Felbertauernstraße AG:

Mag. Karl Poppeller e.h., Dipl.-HTL-Ing. Jörg Panzl e.h.

Amt der Tiroler Landesregierung • Abteilung Statistik

VERBRAUCHERPREISINDEX

April 2011

Der Verbraucherpreisindex für den Monat April 2011 beträgt:

HVPI 2005 ¹⁾

März 2011 (endgültig)	113,11
April 2011 (vorläufig)	113,76

Index der Verbraucherpreise 2010

Basis: Durchschnitt 2010 = 100	
März 2011 (endgültig)	102,9
April 2011 (vorläufig)	103,4

Index der Verbraucherpreise 2005

Basis: Durchschnitt 2005 = 100	
März 2011 (endgültig)	112,7
April 2011 (vorläufig)	113,2

Index der Verbraucherpreise 2000

Basis: Durchschnitt 2000 = 100	
März 2011 (endgültig)	124,6
April 2011 (vorläufig)	125,2

Index der Verbraucherpreise 96

Basis: Durchschnitt 1996 = 100	
März 2011 (endgültig)	131,1
April 2011 (vorläufig)	131,7

Index der Verbraucherpreise 86

Basis: Durchschnitt 1986 = 100	
März 2011 (endgültig)	171,4
April 2011 (vorläufig)	172,3

Index der Verbraucherpreise 76

Basis: Durchschnitt 1976 = 100	
März 2011 (endgültig)	266,5
April 2011 (vorläufig)	267,8

Index der Verbraucherpreise 66

Basis: Durchschnitt 1966 = 100	
März 2011 (endgültig)	467,7
April 2011 (vorläufig)	470,0

Index der Verbraucherpreise I

Basis: Durchschnitt 1958 = 100	
März 2011 (endgültig)	595,9
April 2011 (vorläufig)	598,8

Index der Verbraucherpreise II

Basis: Durchschnitt 1958 = 100	
März 2011 (endgültig)	597,8
April 2011 (vorläufig)	600,8

¹⁾ HVPI 2005 = Harmonisierter Europäischer Verbraucherpreisindex/Maastricht-Kriterium.

Auskünfte: Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Statistik, 6020 Innsbruck, Heiliggeiststraße 7–9, oder unter der Internet-Adresse <http://www.tirol.gv.at/statistik>

Innsbruck, 16. Mai 2011

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.
Vertr.-Nr. GZ 02Z030079 W DVR 0059463

Herausgeber: Amt der Tiroler Landesregierung, 6010 Innsbruck

Erscheint jeden Mittwoch. Redaktionsschluss: Freitag, 12 Uhr.

Bezugsgebühr € 60,- jährlich.

Einschaltungen nach Tarif.

Verwaltung und Vertrieb: Landeskanzleidirektion,
Innsbruck, Neues Landhaus,

Tel. 0512/508-2182 – Fax 0512/508-2185 – E-Mail: bote@tirol.gv.at

Redaktion: Innsbruck, Landhaus,

Tel. 0512/508-2184 – Fax 0512/508-2185 – E-Mail: bote@tirol.gv.at

Internet: www.tirol.gv.at/bote

Druck: Eigendruck